

Vor fünfzig Jahren gegründet

Die kurze Geschichte des Warschaupakts

*Von Anna Locher und Christian Nünlist**

Der Warschaupakt, vor fünfzig Jahren durch die Sowjetunion gegründet, war nur von aussen besehen das Pendant zur Nato. Es war kein freiwilliger Zusammenschluss demokratischer Staaten, und das war auch der Hauptgrund, weshalb er ein halbes Jahr vor dem Zusammenbruch der UdSSR sang- und klanglos aufgelöst wurde. Die Autoren zeichnen die kurze Geschichte des Paktes nach und verweisen darauf, dass sich schon in früheren Jahren innerhalb der Organisation Differenzen bemerkbar gemacht hatten.

Während des Kalten Krieges galt die Warschauer Vertragsorganisation, der sogenannte Warschaupakt, vielen westlichen Beobachtern als Transmissionsriemen Moskaus und des sowjetischen Generalstabs. Der Pakt erschien als schlagkräftige Militärallianz, jederzeit fähig und gewillt, in Westeuropa einzumarschieren. Neueste quellengestützte Forschungserkenntnisse (s. Kasten) legen allerdings nahe, dass der Warschaupakt kein straff geführtes Militärorgan und kein schlagkräftiges Pendant der Nato war. Ein allseitig informierter Blick fördert vielmehr eine um eine einheitliche Fassade ringende Allianz zutage, die einem ständigen Wandel unterworfen war.

Militarisierung und Kriegspläne

Die Sowjetunion gründete den Warschaupakt am 14. Mai 1955 in erster Linie aus politischen Gründen – als Reaktion auf die Integration der Bundesrepublik Deutschland in die Nato Anfang Mai 1955 sowie als absichernde Massnahme einen Tag vor Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrags und dem damit verbundenen Abzug sowjetischer Truppen. Der Partei- und Staatschef Nikita Chruschtschew entwarf das Bündnis als eine «Schattenallianz», die zugunsten eines sowjetisch dominierten europäischen Sicherheitssystems gleichzeitig mit der Nato aufgelöst werden sollte. Militärische Substanz gewann der Warschaupakt zunächst nur ansatzweise mit dem Vereinigten Kommando sowie mit der im Januar 1956 beschlossenen Bewaffnung der DDR.

Von 1955 bis 1959 diente der Warschaupakt primär dazu, sowjetischen diplomatischen Initiativen einen multilateralen Mantel zu verleihen. Erst die zweite Berlinkrise führte, ironischerweise entgegen Chruschtschews Absicht, zu einer Transformation der politischen Allianz in einen Militärpakt. Vor dem Hintergrund einer real erscheinenden Kriegsgefahr gab dieser sich 1960/61 neu

eine offensive Militärstrategie. Nach der Errichtung der Berliner Mauer bereiteten die Generale den Warschaupakt in ersten multilateralen Militärmanövern auf einen möglichen Krieg vor. Geübt wurde die Eroberung Westeuropas mit einem schnellen Sturmangriff bis Paris und in die Pyrenäen. Der Offensivplan mit dem Gegenschlag bis weit nach Westeuropa blieb bis 1987 ein Erbe der Berlinkrise.

Aufschluss über die sowjetischen militärischen Operationspläne, welche nach wie vor in Moskau unter Verschluss bleiben, gibt ein Kriegsplan von 1964 für die tschechoslowakische Front, der Anfang 2000 im Militärarchiv in Prag entdeckt wurde. Darin ist ein Vorstoss durch Süddeutschland nach Frankreich skizziert mit dem Ziel, Lyon in neun Tagen zu erreichen. Weitere Kriegsszenarien simulierten die totale Zerstörung von Städten wie Wien, Verona und Vicenza unmittelbar nach einem Angriff der Nato. Überraschenderweise rechneten die östlichen Militärplaner lange nicht mit gravierenden Folgen der erwarteten Nato-Nuklearschläge für den Vorstoss ihrer Truppen nach Westeuropa.

Rumäniens geheimer Deal mit den USA

Aus den Krisen um Berlin und Kuba zog Rumänien seine eigenen Schlüsse. An einer geheimen Besprechung versicherte der rumänische Aussenminister Corneliu Manescu seinem amerikanischen Gegenüber Dean Rusk im Herbst 1963, dass Rumänien im Falle eines Nuklearkrieges zwischen den Supermächten neutral bliebe, wenn im Gegenzug rumänische Ziele aus den westlichen Kriegsplänen entfernt würden. Dieses sensationelle, wenn auch informelle Abkommen zwischen den USA und einem Mitglied des Warschaupakts blieb bis nach dem Ende des Kalten Krieges geheim.

Rumäniens allianzpolitisch emanzipatorischer

Haltung standen subtilere eigenständige Wege der anderen Allianzmitglieder gegenüber. Nach 1964 verurteilten Wladislaw Gomulka, Walter Ulbricht und Janos Kadar die Politik der Nichtkonsultation von Leonid Breschnews Vorgänger Chruschtschew und schlugen mit Verweis auf Nato und Uno regelmässige Alliantreffen vor. Im Januar 1966 lancierte Moskau ein halbherziges Projekt zur Reform des Warschaupakts, das auf unterschiedlich motivierten Widerstand stiess. Rumänien, Ungarn und die Tschechoslowakei strebten eine wirksamere Teilhabe aller Mitglieder in der Kommandostruktur der Allianz an. Darüber hinaus forderte Prag eine gemeinsame Strategieplanung, und Bukarest stellte gar die Institution des sowjetischen Oberkommandierenden der Allianz in Frage. Rumäniens grundsätzliche Ablehnung blockierte die Reformbestrebungen bis 1969. Dass Frankreich 1966 seinen Austritt aus den militärischen Strukturen der Nato ankündigte, war für Moskau Triumph und – als mögliches Vorbild für Rumänien – Anlass zu Besorgnis zugleich.

Die Folgen von Prag 1968

Nach der militärischen Niederschlagung der tschechoslowakischen Reformbewegung stationierte Moskau 1968 zwar Nuklearwaffen auf tschechoslowakischem Territorium, verlor aber die vormals wichtige Armee an der Westflanke der Allianz. Politisch waren die Folgen nicht minder gravierend. Entgegen bisherigen Annahmen ging Moskau nicht gestärkt aus der Intervention hervor, und seine Verbündeten wurden – mit der Ausnahme Prags – nicht unterwürfiger. Dass Moskau es im März 1969 schaffte, die lange gehegte Reform des Warschaupakts durchzusetzen, war weniger ein Resultat des Einmarsches in Prag als der Eskalation in der chinesisch-sowjetischen militärischen Auseinandersetzung. Nun hielt es der Kreml für vorteilhaft, den Alliierten einen Anteil am reibungslosen Funktionieren der Allianz zu geben; die neuen Arrangements waren dazu angelegt, ein stärkeres Gefühl der Teilhabe zu vermitteln, ohne sowjetische Kontrolle zu gefährden.

Die Reform von 1969 vervollständigte den Wandel des Warschaupakts zu einer militärischen Organisation, was auch die Nato anerkannte. Paradoxerweise wurde die politische Rolle des Warschaupakts in der frühen Détente aber wichtiger als die neu gefestigte militärische Ausrichtung. Ab 1970 begann Moskau seine Verbündeten insbesondere im Hinblick auf eine europäische Sicherheitskonferenz vermehrt zu konsultieren – diese Treffen wurden 1976 mit der Gründung des

Aussenministerkomitees formalisiert. Den sowjetischen Militärs hingegen behagte die aufblühende Entspannung nicht. So behauptete etwa Marschall Gretschnko 1971, dass die internationale Situation sich verschlechtert habe: «Nie war sie ernster, angespannter und turbulenter als heute.»

Technologischer Wettstreit mit der Nato

Nach der Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte in Helsinki im August 1975, deren Folgen die Sowjetunion eher verunsicherten als beruhigten, traten vor allem aufgrund von aussereuropäischen Entwicklungen gegenseitige militärische Wahrnehmung und realistischere Kriegsplanung wieder in den Vordergrund. Obwohl dem Warschaupakt durch Aufklärung bekannt war, dass die Nato eine Defensivstrategie verfolgte, warnten die Sowjetgenerale in den siebziger Jahren vor einem anstehenden technologischen Überraschungsmoment. Unter anderem die Einsicht, dass die Nato-Truppen kontinuierlich besser wurden, führte 1977 zum Versuch der Sowjetunion, ihre nuklearen SS-20-Mittelstreckenraketen gegen Westeuropa auszurichten. Ende 1978 entschieden die Verantwortlichen des Warschaupakts, die Militärausgaben drastisch zu erhöhen und mit modernster Technik ausgerüstete Spezialtruppen zusammenzustellen. Die Bündnisgrundsätze der Führung im Frieden wurden um jene für den Kriegsfall ergänzt. Von den über sechzig polnischen Änderungsvorschlägen wurden die meisten berücksichtigt, aber für Rumänien, das nicht für das Projekt gewonnen werden konnte, erlangte das Statut keine Verbindlichkeit.

Die Solidarnosc-Krise in Polen kündete 1980/81 das Ende der sowjetischen Dominanz in Osteuropa an, stellte jedoch keine ernste Bedrohung für die Integrität des Warschaupakts dar. Zwar favorisierten Ostberlin und Prag eine Intervention, doch um die absehbaren hohen politischen Kosten einer Intervention zu vermeiden, verliess sich Moskau darauf, dass die polnischen Militärs die Opposition alleine unterdrückten. Die Einführung des Kriegsrechts durch Wojciech Jaruzelski demonstrierte nicht nur der Sowjetunion, dass die in Moskau ausgebildeten polnischen Generale die Paktinteressen auch gegen die eigene Bevölkerung durchsetzten. Die Gremien des Warschaupakts zeichneten sich jedoch durch bemerkenswerte Nichtbehandlung der polnischen Krise aus. In den achtziger Jahren nahmen die allianzinternen Differenzen nochmals zu. Die Frage einer angemessenen Reaktion des Warschaupakts auf die Stationierung amerikanischer Pershing-II-Raketen in Europa – eine westliche Antwort auf die

sowjetischen SS-20 – bedrohte 1983 den Bündniszusammenhalt. Die DDR, Ungarn und Rumänien betrieben «Schadensbegrenzung», um die während der Détente aufgebauten Beziehungen mit dem Westen nicht zu gefährden.

Michail Gorbatschew, ab 1985 sowjetischer Partei- und Staatschef, intensivierte die blockinternen Konsultationen über nukleare und konventionelle Abrüstungsmassnahmen. Die Atomreaktorkatastrophe in Tschernobyl trug zur Beschleunigung der Abrüstungsverhandlungen zwischen Ost und West bei. Im Mai 1987 verkündete Gorbatschew gegen den Willen der sowjetischen Generale die Einführung einer defensiven militärischen Allianz doktrin.

Die Auflösung des Pakts

Nach dem Fall der Berliner Mauer Ende 1989 plädierten viele in Ost und West aus Stabilitätsgründen dafür, beide Allianzen beizubehalten. Im Januar und Februar 1991 erklärten jedoch die Tschechoslowakei, Ungarn, Polen und Bulgarien den Widerruf sämtlicher Unterstützung für den Warschaupakt per 1. Juli 1991. An diesem Tag wurde die Allianz an einem Treffen der Staats- und Parteichefs offiziell aufgelöst.

Neu zugängliche Archivquellen lassen Entstehungsgeschichte, Wandel und Merkmale des Warschaupakts heute erstmals genauer erkennen. Trotz seiner im Vergleich mit der Nato kürzeren Existenz und der blockintern weniger bedeutsamen Rolle steht mittlerweile fest, dass der Warschaupakt nicht einfach ein verlängerter militärischer Arm des Kreml war. In seinem Rahmen wurde über Prioritäten und Strategien durchaus gestritten. Besonders ab den späten sechziger Jahren verfochten die beteiligten Regierungen ihre allianzpolitischen Interessen mit mehr Nachdruck und Wirkung. Im Rückblick mangelte es dem Warschaupakt jedoch an einem klaren Zweck. Für das ursprünglich als politisches Instrument gegründete Bündnis blieb nach der Umwandlung in eine Militärmaschine die Unsicherheit, wie loyal sich die nichtsowjetischen Armeen im Kriegsfall verhalten würden. Weil der Warschaupakt ein zweifelhaftes militärisches und wenig wirksames politisches Instrument blieb, wurde er nach 36 Jahren ohne grosses Aufsehen aufgelöst.

* Anna Locher und Christian Nünlist arbeiten als Historiker an der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH Zürich und sind verantwortlich für das Parallel History Project on Nato and the Warsaw Pact (PHP).

Aktuelle Literatur

Vojtech Mastny and Malcolm Byrne (eds.): A Cardboard Castle? An Inside History of the Warsaw Pact, 1955–91 (Budapest: Central University Press, May 2005).

Die dort ins Englische übertragenen rund 200 Dokumente aus den Archiven der ehemaligen Warschaupaktstaaten sind unter www.isn.ethz.ch/php/collections/coll_WAPA.htm als Faksimile einsehbar.